

MOTION von Peter Försch (Grüne, Zürich), Dr. Marie-Therese Büsser-Beer (Grüne, Rütli) und Ruth Genner (Grüne, Zürich)

betreffend Ermöglichen und Fördern von Teilstellen in kantonalen Ämtern

Der Regierungsrat wird ersucht, die gesetzlichen Grundlagen so zu ändern und dem Kantonsrat vorzulegen, dass in Zukunft bei Ausschreibung und Besetzung von Ämtern und Aufgaben die Möglichkeit des Job-Sharings in dem Sinne miteinbezogen werden muss, dass valable Kandidaten oder Kandidatinnen für geteilte Stellen den Einzelbewerbungen vorzuziehen sind. Die Bevorzugung von Einzelbewerbungen muss eindeutig begründet werden.

Peter Försch
Dr. Marie-Therese Büsser-Beer
Ruth Genner

Begründung:

Als Beitrag an die Verbesserung der allgemeinen Arbeitslage mit immer knapper werdenden Arbeitsplätzen muss die vorhandene Arbeit auf sinnvolle und vertretbare Weise auf mehr Menschen verteilt werden.

In vielen Fällen löst die Teilung einer Stelle durch zwei Personen Probleme der kompetenten Stellvertretung auf sehr effiziente Art und Weise. Es ist immer eine fachkundige Person ansprechbar.

Es gibt immer mehr Familien und Lebensgemeinschaften, bei denen sich die Partner Erwerbsleben und Haushaltführung teilen. Die Gleichberechtigung findet auch da ihren Niederschlag. Diese Grundtendenz sollte der Staat unterstützen, weil viele dieser Lebensgemeinschaften auf das System der Arbeitsteilung vertrauen.

Wie das Beispiel der Ombudsmannwahlen vom 8.7.96 zeigte, fehlt eine solche Regelung in der heutigen Praxis und sollte daher so schnell wie möglich in die Einstellungs- und Wahlverfahren eingebaut werden.

Der Kanton Zürich nimmt so die Funktion des richtungsweisenden Vorbildes wahr und setzt für die übrigen Marktteilnehmer klare Signale.